Stand: 05.11.2025 02:01:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18489

"Zustimmung zum Gesetz zur Verbesserung der Beistandsmöglichkeiten unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitssorge und in Fürsorgeangelegenheiten im Bundesrat"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/18489 vom 12.10.2017
- 2. Plenarprotokoll Nr. 112 vom 12.10.2017
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/19141 des VF vom 15.11.2017
- 4. Beschluss des Plenums 17/19402 vom 29.11.2017
- 5. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 29.11.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

12.10.2017 Drucksache 17/18489

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Harald Güller, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild und Fraktion (SPD)

Zustimmung zum Gesetz zur Verbesserung der Beistandsmöglichkeiten unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitssorge und in Fürsorgeangelegenheiten im Bundesrat

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass der Bundesrat dem vom Bundestag am 18.05.2017 beschlossenen "Gesetz zur Verbesserung der Beistandsmöglichkeiten unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitssorge und in Fürsorgeangelegenheiten" mit der darin enthaltenen Erhöhung der Betreuer- und Vormündervergütung zustimmt.

Begründung:

Das am 18.05.2017 vom Bundestag beschlossene "Gesetz zur Verbesserung der Beistandsmöglichkeiten unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitssorge und in Fürsorgeangelegenheiten" geht zurück auf einen Gesetzentwurf des Bundesrats, der wiederum zurückgeht auf einen gleichnamigen Gesetzesantrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein "Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Beistandsmöglichkeiten unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitssorge und in Fürsorgeangelegenheiten" (vgl. BR-Drs. 505/16 v. 07.09.16). Die Regelungen zur Betreuervergütung waren weder in dem Gesetzentwurf, den der Bundesrat am 14.10.2016 beschloss, beim Bundestag einzubringen (vgl. BR-Drs. 505/16 (Beschluss) v. 14.10.16), noch in dem zugrunde liegenden Gesetzesantrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern,

Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein enthalten (vgl. BR-Drs. 505/16 v. 07.09.16).

Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Bundestags beriet den Gesetzentwurf des Bundesrats "Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Beistandsmöglichkeiten unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitssorge und in Fürsorgeangelegenheiten" (BT-Drs. 18/10485 30.11.2016) am 17.05.2017 abschließend und empfahl mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Gesetzentwurfs in einer geänderten Fassung. Die Änderungen entsprachen einem Änderungsantrag, der von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebracht und dem im Hinblick auf die Erhöhung der pauschalen Stundensätze für Berufsbetreuer und -vormünder um jeweils fünfzehn Prozent auch die Fraktionen DIE LINKE. und BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN zustimmten.

Der Bundestag nahm entsprechend der Beschlussempfehlung und des Berichts seines Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (vgl. BT-Drs. 18/12427 v. 17.05.2017) am 18.05.2017 den Gesetzentwurf des Bundesrats in geänderter Fassung mit den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. an. Die Erhöhung der Vormünder- und Betreuervergütung, die in dem ursprünglichen Gesetzentwurf des Bundesrats (BT-Drs. 18/10485 v. 30.11.2016) nicht beinhaltet war, wurde wie schon im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz von allen Fraktionen einstimmig beschlossen.

Auf Empfehlung des federführenden Rechtsausschusses wurde das Gesetz von der Tagesordnung der Plenarsitzung des Bundesrats am 07.07.2017 abgesetzt (vgl. BR-Drs. 460/1/17 v. 22.06.17). In der Beschlussempfehlung wird hierzu ausgeführt, dass die vom Bundestag beschlossene Fassung weiterer Überprüfung und Beratung bedarf. Die durch den Bundestag vorgenommene Verknüpfung der Anpassung der Vergütung der Berufsbetreuer, -vormünder und Verfahrenspfleger mit der durch den ursprünglichen Gesetzentwurf des Bundesrats allein verfolgten Verbesserung der Beistandsmöglichkeiten unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitssorge und in Fürsorgeangelegenheiten sei mangels Sachzusammenhangs nicht opportun. Zwar verdiene das Ziel einer angemessenen Vergütung der Berufsbetreuer, -vormünder und Verfahrenspfleger Unterstützung. Jedoch erfordere die Entscheidung über die Anpassung der Betreuervergütung zunächst eine differenzierte Betrachtung der Gesamtproblematik auf der Grundlage der noch ausstehenden Forschungsergebnisse der rechtstatsächlichen Untersuchung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zur Qualität in der rechtlichen Betreuung. Die Diskussion um eine angemessene Vergütung der Betreuer könne nicht ohne Bewertung der Qualität der rechtlichen Betreuung geführt werden.

Der Bundesrat hat deshalb das "Gesetz zur Verbesserung der Beistandsmöglichkeiten unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitssorge und in Fürsorgeangelegenheiten" abgesetzt.

Die Begründung, man wolle vor einer Erhöhung der Stundensätze eine umfassende Erörterung des Zusammenhangs von Qualität und Vergütung sowie weiterer Aspekte führen und lehne daher die vom Bundestag beschlossene Voraberhöhung der Stundensätze ab, überzeugt nicht. Das vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz mit dem Forschungsvorhaben zur Qualität in der rechtlichen Betreuung beauftragte Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) hat mittlerweile zwei Zwischenberichte 2016 und 2017 vorgelegt. Es muss daher seitens der Länder von einer Verzögerungstaktik im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl und einen möglichen Wechsel an der Spitze des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz ausgegangen werden. Fachleute rechneten schon damals damit, dass innerhalb eines halben Jahres nach der Bundestagswahl nicht mit einer Positionierung der Fachebene zu einer umfassenden Reform des Betreuungswesens zu rechnen sei. Dass die Länderministerien früher als das Bundesjustizministerium gemeinsame Eckpunkte für eine Strukturreform vorstellen werden, halten sie für unwahrscheinlich. Wenn frühestens im Sommer 2018 eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe ein Eckpunktepapier erarbeitet und noch weitere Gremien zu beteiligen sind, sei mit einem Gesetzentwurf im Jahr 2018 kaum noch zu rech-

Dagegen steht die Erforderlichkeit der Voraberhöhung der Stundensätze bei der Vormünder- und Betreuervergütung. Die in den §§ 4 und 5 des Gesetzes über die Vergütung von Vormündern und Betreuern (VBVG) festgelegte Pauschalvergütung der Berufsbetreuer ist

seit ihrer Einführung mit Inkrafttreten des Zweiten Betreuungsrechtsänderungsgesetzes am 01. Juli 2005 unverändert. Die hierin vorgesehenen Stundensätze und Stundenansätze sind durch eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe auf der Grundlage einer rechtstatsächlichen Untersuchung aus dem Jahr 2003 bestimmt worden.

Die dem Berufsbetreuer zustehende Vergütung soll insgesamt einen seiner Qualifikation und Tätigkeit angemessenen Umfang erreichen. Deshalb muss die pauschal festgesetzte Vergütung so ausgestaltet sein, dass sie für die von Berufsbetreuern wahrgenommenen Betreuungsleistungen den im Durchschnitt entstehenden Bearbeitungsaufwand im Wesentlichen auskömmlich entgeltet.

Berufsbetreuer nehmen im öffentlichen Interesse liegende Aufgaben wahr, die einen erheblichen zeitlichen Einsatz verlangen und mit nicht unbeträchtlichen Haftungsrisiken verbunden sind. Die hierfür vom Staat bestellten, selbständig tätigen Personen sind darauf angewiesen, eine auch ihre persönlichen Bedürfnisse deckende Vergütung zu erhalten (vgl. BGHZ 116, 233, 238). Nach zwölf Jahren ist eine Anpassung der Stundensätze nach § 4 Abs. 1 VBVG mit Rücksicht auf die gestiegenen Kosten und die Einkommensentwicklung vergleichbarer Berufsgruppen notwendig.

Die vom Bundestag beschlossene Voraberhöhung der Stundensätze um 15 Prozent ist erforderlich, weil andernfalls damit zu rechnen ist, dass Berufsbetreuer noch mehr als bisher gezwungen sind, die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung dadurch auszugleichen, dass sie ihre Fallzahlen erhöhen. Eine Erhöhung der Vergütung für Berufsbetreuer ist auch deshalb angezeigt, um eine existenzsichernde Finanzierung der Betreuungsvereine sicherzustellen. Das Führen von Betreuungen durch Vereinsbetreuer ist erforderlich, damit die Vereine ihre Aufgaben nach § 1908f Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), sich planmäßig um die Gewinnung ehrenamtlicher Betreuer zu bemühen, diese in ihre Aufgaben einzuführen, sie fortzubilden und sie sowie Bevollmächtigte zu beraten, mit dem hierfür nötigen Praxiswissen effektiv wahrnehmen können. Um dem in der Praxis erkennbaren Trend entgegenzuwirken, dass Betreuungsvereine gezwungen sind, zur Kostendeckung und letztlich zu ihrer Existenzsicherung immer mehr Betreuungen durch ihre Mitarbeiter zu führen, erscheint die hier vorgesehene Vergütungserhöhung geboten.

Meine Damen und Herren, ich schließe die namentliche Abstimmung und bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

Unruhe – Glocke des Präsidenten

Während das Ergebnis ermittelt wird, gebe ich die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen von vorhin bekannt. Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Steinberger und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Rückstände von Fipronil in Lebensmitteln offenlegen", Drucksache 17/18465, haben mit Ja 62 gestimmt. Mit Nein haben 77 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Beim nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, von Brunn, Adelt und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Verbraucherschutz ernst nehmen und Transparenz herstellen: Kontrollen auf Fipronil in bayerischen Legehennenbetrieben und bei verarbeiteten Produkten aus Bayern", Drucksache 17/18483, haben mit Ja 62 gestimmt. Mit Nein haben 76 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/18467 mit 17/18472 sowie 17/18486 mit 17/18491 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 8 auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Bio in Schulen: Bio-Anteil in allen bayerischen Schulen mindestens 20 Prozent bis 2020 und mindestens 50 Prozent bis 2025 (Drs. 17/16349)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Verteilung darf ich als bekannt voraussetzen. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Sengl. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mehr Bio in Bayerns Schulen. Nach dem Ernährungsreport 2017 wünschen sich 90 % der Deutschen verbindliche Essensstandards in Kitas und Schulen. Beim Modellprojekt Schulfrühstück

entschieden sich 43 % der Schulen in Bayern für Bio-Produkte.

Jetzt folgt ein Zitat:

Gutes Essen in der Schule trägt nicht nur zum Erhalt der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen bei. Es prägt die Esskultur, die Wertschätzung für Lebensmittel und das Ernährungsverhalten. ...

Gerade angesichts der Besorgnis erregenden Zahl ernährungsbedingter Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen kommt der Schule in diesem Bereich eine besondere Vorbildfunktion zu.

Woher stammt das Zitat? – Es könnte von uns sein. Das Zitat stammt aus der Broschüre "Mit gutem Essen Schule machen". Das ist eine wunderbare Hochglanzbroschüre aus dem Hause Brunner. Wenn diese schönen Worte ernst gemeint wären, dann würden wir an den Schulen eine andere Situation vorfinden; dann gäbe es mehr als nur lauwarme Empfehlungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Broschüre spricht uns wirklich aus dem Herzen.

Jetzt folgen noch weitere Zitate:

Von einer nachhaltigen Landwirtschaft profitieren alle: Klima, Böden, Gewässer, Pflanzen, Tiere und Menschen. Nachhaltige Verpflegung stärkt die heimische Ernährungs- und Landwirtschaft. Sie schließt die Aspekte regional, saisonal, ökologisch, Fairtrade und Tierwohl ein. ...

Bio-Produkte gehören dazu.

Bio-Zertifizierung und Bio-Siegel stehen für nachweislich ökologische Pflanzen- und Tierproduktion. Sie garantieren, dass der europäische Mindeststandard für ökologische Produktion erfüllt ist oder sogar übertroffen wird. In jede Schulküche gehören auch Bio-Lebensmittel, idealerweise aus der Region.

Unser Ansatz ist aber noch viel wichtiger. Empfehlungen und warme Worte allein genügen nicht. Auch Modellversuche reichen nicht aus. Wir als Gesetzgeber sind gefragt, um eine gesunde Ernährung der Kinder und Jugendlichen zu unterstützen. Mitglieder der CSU-Fraktion, hört einmal gut zu, das mag neu für euch sein: Man braucht auch klar definierte Ziele. Deshalb gibt es unseren Antrag. Wir schlagen darin vier Maßnahmen vor:

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/19141 15.11.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD) Drs. 17/18489

Zustimmung zum Gesetz zur Verbesserung der Beistandsmöglichkeiten unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitssorge und in Fürsorgeangelegenheiten im **Bundesrat**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Alexandra Hiersemann Berichterstatterin: Mitberichterstatter: Josef Zellmeier

II. Bericht:

- 1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 77. Sitzung am 19. Oktober 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 171. Sitzung am 15. November 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

29.11.2017 Drucksache 17/19402

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Harald Güller, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild und Fraktion (SPD)

Drs. 17/18489, 17/19141

Zustimmung zum Gesetz zur Verbesserung der Beistandsmöglichkeiten unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitssorge und in Fürsorgeangelegenheiten im Bundesrat

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist zum einen die Nummer 15 der Anlage. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Biedefeld, Schuster, Dr. Rabenstein und anderer, SPD, betreffend "Verzicht auf die Sperre frei werdender Stellen beim Zentrum Bayern Familie und Soziales ..." auf Drucksache 17/17552, der auf Wunsch der SPD-Fraktion gesondert beraten werden soll, sowie zum anderen die Nummern 40 und 42 der Liste. Es sind dies die Dringlichkeitsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion betreffend "Rechtssicherheit bei der Erhebung der Erbschaftsteuer wiederherstellen" und "Sonderweg bei der Erbschaftsteuer beenden" auf den Drucksachen 17/18251 und 17/18270. Auch diese beiden Anträge sollen gesondert beraten werden. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen! – Auch keine. Nun frage ich die fraktionslosen Abgeordneten, ob und welchem Fraktionsvotum diese sich anschließen wollen. – Diese enthalten sich. Damit wird das protokollarisch so festgehalten. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 25. Oktober 2017 (Vf. 17-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 5 und 5b des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 1993 (GVBI. S. 264, BayRS 2024-1-I), das zuletzt durch Gesetz vom 13. Dezember 2016 (GVBI. S. 351) geändert worden ist PII-G1310.17-0014 Drs. 17/19065 (G)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		A	Z

Die CSU-Fraktion hat beantragt, der Abstimmung das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen.

	tr		
		a	Е
$\boldsymbol{-}$			

 Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Inge Aures u.a. SPD Frauen in Not II – Konzept für Hilfe für Stalking-Opfer Drs. 17/8086, 17/19120 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD Handlungsempfehlungen zu Forschung und Innovation in Bayern umsetzen Drs. 17/16164, 17/19066 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD Mensch-Technik-Kollaboration

Drs. 17/16167, 17/19073 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Bernhard Roos, Johanna Werner-Muggendorfer SPD Barrierefreier Ausbau des Bahnhofs Neufahrn i.NB Drs. 17/16652, 17/19194 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

6.	Antrag der Abgeordnet Dr. Hans Jürgen Fahn Barrierefreien Tourism Erhöhung der Zahl der Drs. 17/16770, 17/1919	u.a. und Fraktion (FRI us voranbringen I – Pilotdestinationen		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
7.	Antrag der Abgeordnet Dr. Hans Jürgen Fahn Barrierefreien Tourism Schaffung eines umfas Drs. 17/16771, 17/191	u.a. und Fraktion (FRI us voranbringen II – ssenden Angebotsporti	EIE WÄHLER)	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
8.	Antrag der Abgeordner Thorsten Glauber u.a. Transparenz und Erfol Drs. 17/16773, 17/191	und Fraktion (FREIE V gskontrolle in der Wirts	VÄHLER)	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
9.	Antrag der Abgeordnet Markus Ganserer u.a. Bayernweite Bahnstred Ausflugsverkehre und Drs. 17/16831, 17/191	und Fraktion (BÜNDN) cken-Reaktivierungen Schienengüterverkehr	IS 90/DIE GRÜNEN) auch für touristische	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	ENTH		

10.	Antrag der Abgeordne Johann Häusler u.a. u Keine Ungleichbehand Drs. 17/16949, 17/190	nd Fraktion (FREIE W. Ilung beim Sonntagsve	ÄHLER)	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
11.	Dringlichkeitsantrag de Joachim Unterländer u Vierter Bericht zur soz Drs. 17/16965, 17/190 Votum des federführer Arbeit und Soziales und	i.a. und Fraktion (CSU ialen Lage: Beste Lebe 56 (G) inden Ausschusses für) ensbedingungen für all	
	Arbeit und Soziales, Ju		FREIE WÄHLER	GRÜ
	CSU	SPD	_	_
	Z	A		Z
12.	Antrag der Abgeordne Natascha Kohnen u.a. Gleichbehandlung beir Drs. 17/16971, 17/190	SPD m Verkauf von Backwa 71 (A)		ertagen
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z		
13.	Dringlichkeitsantrag de Angelika Weikert u.a. u Soziale Lage in Bayern Drs. 17/17014, 17/190	und Fraktion (SPD) n: Defizite anpacken, 1	·	is Rauscher,
	Votum des federführer Arbeit und Soziales, Ju		egration	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	Z	Z

14.	Markus Ganserer u.a. Verordnung über den	und Fraktion (BÜNDN Bau und Betrieb von G ze zur Förderung der E	IIS 90/DIE GRÜNEN) Garagen sowie über die	
	Votum des federführe Wirtschaft und Medier	nden Ausschusses für n, Infrastruktur, Bau un	d Verkehr, Energie un	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	Z
15.		tein u.a. SPD e frei werdender Stelle des Haushaltsgesetze	n beim Zentrum Bayeı	n Familie und
	der Antrag wird geso	ondert beraten		
16.	Antrag der Abgeordne Überarbeitung der bay Drs. 17/17553, 17/191	erischen Städtebaufö		s u.a. SPD
	Votum des federführe Wirtschaft und Medier	nden Ausschusses für n, Infrastruktur, Bau un	d Verkehr, Energie un	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
17.	Antrag der Abgeordne Barrierefreier Ausbau Drs. 17/17555, 17/191	des Bahnhofs Burgkui		Aures SPD
		nden Ausschusses für n, Infrastruktur, Bau un	d Verkehr, Energie un	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			

18.	Antrag der Abgeordner Markus Ganserer u.a. Für eine gute Mobilfun Drs. 17/17572, 17/190	und Fraktion (BÜNDN k Netzabdeckung an E	IS 90/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
19.	Antrag der Abgeordnet Alexandra Hiersemann Bericht des Anti-Folter Drs. 17/17683, 17/189	nu.a. SPD -Ausschusses des Eur		017
	Votum des federführer Verfassung, Recht und			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
20.	Antrag der Abgeordner Harry Scheuenstuhl u. Bessere Regulierung b Drs. 17/17744, 17/191	a. SPD oei produktergänzende		
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
21.	Antrag der Abgeordnet Hans-Ulrich Pfaffmann Open Data Portal für B Drs. 17/17747, 17/190	u.a. SPD sayern	Inge Aures,	
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

22.	Georg Rosenthal u.a	ewandte Wissenschaft n		derung
	Votum des federführe Wissenschaft und Ku	enden Ausschusses fü ınst	r	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	团		Z
23.	Georg Rosenthal u.a	ewandte Wissenschaft n schaffen		
	Votum des federführe Wissenschaft und Ku	enden Ausschusses fü ınst	r	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		Z	ENTH
24.	Georg Rosenthal u.a	ewandte Wissenschaft otionsrecht		
	Votum des federführe Wissenschaft und Ku	enden Ausschusses fü ınst	r	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	团	ENTH	Z
25.	Georg Rosenthal u.a	ewandte Wissenschaft verpunktprofessuren		
	Votum des federführe Wissenschaft und Ku	enden Ausschusses fü ınst	r	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	团		ENTH

26.	Antrag der Abgeordne Gudrun Brendel-Fisch Studie zur Klassifizieru Drs. 17/17775, 17/188	er u.a. CSU ung des Bodensees er		
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		A		A
27.	Dringlichkeitsantrag de Christine Kamm u.a. u Transitzentren schließ Drs. 17/17819, 17/191 Votum des federführer	ind Fraktion (BÜNDNIS en 14 (A) nden Ausschusses für	S 90/DIE GRÜNEN)	Hartmann,
	Arbeit und Soziales, J	ugend, Familie und Int	_	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	Z
28.	Antrag der Abgeordne Harry Scheuenstuhl u. Dritter Nationalpark ur Drs. 17/17820, 17/188 Votum des federführer	.a. SPD nd Weltnaturerbe Steig 777 (A)	Klaus Adelt, erwald – Transparenz	herstellen!
28.	Harry Scheuenstuhl u. Dritter Nationalpark ur Drs. 17/17820, 17/188	.a. SPD nd Weltnaturerbe Steig 377 (A) nden Ausschusses für		herstellen!
28.	Harry Scheuenstuhl u. Dritter Nationalpark ur Drs. 17/17820, 17/188 Votum des federführer	.a. SPD nd Weltnaturerbe Steig 377 (A) nden Ausschusses für		herstellen! GRÜ
28.	Harry Scheuenstuhl u. Dritter Nationalpark ur Drs. 17/17820, 17/188 Votum des federführer Umwelt und Verbrauch	.a. SPD and Weltnaturerbe Steig bit (A) anden Ausschusses für herschutz	erwald – Transparenz	
28.	Harry Scheuenstuhl u. Dritter Nationalpark ur Drs. 17/17820, 17/188 Votum des federführer Umwelt und Verbrauch CSU Antrag der Abgeordne Georg Rosenthal u.a.	ta. SPD and Weltnaturerbe Steig by 77 (A) anden Ausschusses für anderschutz SPD by ten Isabell Zacharias, SPD Kosten sparen bei der and Hochschule für	erwald – Transparenz FREIE WÄHLER	GRÜ ☑
	Harry Scheuenstuhl u. Dritter Nationalpark ur Drs. 17/17820, 17/188 Votum des federführer Umwelt und Verbrauch CSU Antrag der Abgeordne Georg Rosenthal u.a. Synergien nutzen und Haus der Kulturinstitut Drs. 17/17854, 17/191 Antrag der Fraktion I	ta. SPD and Weltnaturerbe Steig by 77 (A) anden Ausschusses für anderschutz SPD by ten Isabell Zacharias, SPD Kosten sparen bei der by te und Hochschule für by 47 (A) FREIE WÄHLER gem.	erwald – Transparenz FREIE WÄHLER	GRÜ ☑ Gebäude
	Harry Scheuenstuhl u. Dritter Nationalpark ur Drs. 17/17820, 17/188 Votum des federführer Umwelt und Verbrauch CSU Antrag der Abgeordne Georg Rosenthal u.a. Synergien nutzen und Haus der Kulturinstitut Drs. 17/17854, 17/191 Antrag der Fraktion I	ta. SPD and Weltnaturerbe Steig by 77 (A) anden Ausschusses für anderschutz SPD by ten Isabell Zacharias, SPD Kosten sparen bei der by te und Hochschule für by 47 (A) FREIE WÄHLER gem.	FREIE WÄHLER Martina Fehlner, Generalsanierung der Musik und Theater! §126 Abs. 3 BayLTG	GRÜ ☑ Gebäude
	Harry Scheuenstuhl u. Dritter Nationalpark ur Drs. 17/17820, 17/188 Votum des federführer Umwelt und Verbrauch CSU Antrag der Abgeordne Georg Rosenthal u.a. Synergien nutzen und Haus der Kulturinstitut Drs. 17/17854, 17/191 Antrag der Fraktion I Votum des mitberaten	ta. SPD and Weltnaturerbe Steig by 77 (A) anden Ausschusses für anderschutz SPD by ten Isabell Zacharias, SPD Kosten sparen bei der are und Hochschule für are (A) FREIE WÄHLER gem den Ausschusses für S	FREIE WÄHLER Martina Fehlner, Generalsanierung der Musik und Theater! §126 Abs. 3 BayLTG Staatshaushalt und Fin	GRÜ Gebäude eschO: anzfragen

30.	Klaus Adelt u.a. SPD	eten Stefan Schuster, I erheit von Fassaden ir 121 (E)		
	Votum des federführe	enden Ausschusses für Innere Sicherheit und S		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
31.	Prof. (Univ. Lima) Dr.	rte Struktur- und Regio ommunen!	Fraktion (FREIE WÄHL	.ER)
	Votum des federführe Wissenschaft und Ku	enden Ausschusses für nst		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		Z	ENTH
32. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Eine sichere Finanzierung für das Museum Moderne Kunst in Passau und das Richard-Wagner-Museum in Bayreuth Drs. 17/17948, 17/19149 (A)			sau	
	Votum des federführe Wissenschaft und Ku	enden Ausschusses für nst		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	ENTH		A
33.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Stirbt die Schule, stirbt der Ort – auch kleine Schulstandorte müssen deshalb erhalten und weiterentwickelt werden! Drs. 17/17950, 17/19157 (A)			
	Votum des federführe Bildung und Kultus	enden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			ENTH

34.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
	Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
	Verfütterung von tierischem Fett an Wiederkäuer wieder verbieten!
	Drs. 17/17951, 17/18878 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Reform der Energiebesteuerung – Wechsel zu CO₂-Abgabe Drs. 17/17972, 17/18880 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerische Kulturpolitik mit Weitblick: Förderung nichtstaatlicher Theater auch für München ermöglichen! Drs. 17/18042, 17/19150 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachforderungen bei Autobahn-ÖPP in Bayern Drs. 17/18190, 17/19185 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kostenexplosion beim A 94-Bau Drs. 17/18192, 17/19186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Einführung eines Freibetrags für selbst genutztes Wohneigentum im Grunderwerbsteuerrecht Drs. 17/18250, 17/19161 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRU
		Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Rechtssicherheit bei der Erhebung der Erbschaftsteuer wiederherstellen Drs. 17/18251, 17/19162 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Möglichkeit zur Senkung von Fleischbeschaukosten für Kreisverwaltungsbehörden schaffen! Drs. 17/18253, 17/19136 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD)
 Sonderweg bei der Erbschaftsteuer beenden Drs. 17/18270, 17/19163 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD Kostenloses WLAN in den Ausbildungsunterkünften der Bereitschaftspolizeiabteilungen in Bayern Drs. 17/18364, 17/18912 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Berufsbetreuer nicht alleine lassen – Für eine Erhöhung der Stundensätze Drs. 17/18468, 17/19138 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

45. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)

Mehr Chancengleichheit beim Studium:

BAföG-Reform initiieren Drs. 17/18470, 17/19151 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Α

Z

46.	Kerstin Celina u.a. und Betreuungsvereine ne Drs. 17/18488, 17/191	nden Ausschusses für	90/DIE GRÜNEN)	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

47. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD)

Zustimmung zum Gesetz zur Verbesserung der Beistandsmöglichkeiten unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitssorge und in Fürsorgeangelegenheiten im Bundesrat

Z

Drs. 17/18489, 17/19141 (A)

Α

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Z

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Ingrid Heckner u.a. und Fraktion (CSU)

Zeitnahe Überarbeitung des Vergütungssystems für Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer

Drs. 17/18490, 17/19142 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	ENTH	ENTH	ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 BAföG endlich an die Lebenswirklichkeiten des 21. Jahrhunderts anpassen! Drs. 17/18491, 17/19152 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

50.	Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD Gut leben in der Stadt I Öffentliche Sicherheit in Bayern III – Sicher leben in der Stadt Drs. 17/16629, 17/17403 (A)				
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		port		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A		
51.	Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD Gut leben in der Stadt II ÖPNV der Zukunft: konkret, flexibel und nachhaltig – Stärkung des Öffentlichen Personen- und Schienennahverkehrs in Bayern Drs. 17/16630, 17/19075 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
52.	Antrag der Abgeordne Natascha Kohnen u.a. Gut leben in der Stadt ÖPNV der Zukunft: kol Priorität für Verkehrsbe Drs. 17/16631, 17/190	SPD III nkret, flexibel und nacl eruhigung bei neuen S	hhaltig –		
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A		

53.	 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD Gut leben in der Stadt V Urbane Arbeitswelt für die Zukunft fit machen – Kommunen bei effizientem und nachhaltigem Flächenmanagement unterstützen Drs. 17/16633, 17/19187 (A) 				
		nden Ausschusses für n, Infrastruktur, Bau un	d Verkehr, Energie un	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		ENTH		
54.	. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD Gut leben in der Stadt VI Urbane Arbeitswelt für die Zukunft fit machen – Fahrplan Digitalisierung Drs. 17/16634, 17/19068 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technolog				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		团		
55.	Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD Gut leben in der Stadt VII Urbane Arbeitswelt für die Zukunft fit machen – Mobilitätsinfrastruktur entlasten Drs. 17/16635, 17/19069 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	

56. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Horst Arnold, Susann Biedefeld u.a. SPD Gut leben in der Stadt VIII Bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten, bedarfsgerechten Wohnungsbau ermöglichen! Drs. 17/16636, 17/19188 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. SPD Gut leben in der Stadt IX Wohnbedingungen verbessern, Wohnraumaufsicht stärken! Drs. 17/16637, 17/17539 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

58. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u.a. SPD Gut leben in der Stadt X Einsatz gegen Langzeitarbeitslosigkeit verstärken! Drs. 17/16638, 17/17275 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			

59. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u.a. SPD Gut leben in der Stadt XI Nahversorgung in den Städten verbessern, Genossenschaftsläden in unterversorgten Quartieren fördern! Drs. 17/16639, 17/19189 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

60. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Gut Leben in der Stadt XIII Gerechtigkeit. Bildung. ZukunftBildungscampus als Zukunftsmodell Drs. 17/16641, 17/17475 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

61. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD Gut leben in der Stadt XIV Mehr Lebensqualität durch Wohnen im Einklang mit der Natur Drs. 17/16642, 17/17422 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

62. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Bernhard Roos u.a. SPD Gut leben in der Stadt XV Anschlussgrade für Fernwärmeversorgung erhöhen Drs. 17/16643, 17/17417 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Bernhard Roos u.a. SPD Bericht zu Strategien der Staatregierung bei möglichen Strompreiszonen und steigenden Strompreisen Drs. 17/16975, 17/19190

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

64. Antrag der Abgeordneten Peter Winter, Joachim Unterländer, Oliver Jörg u.a. CSU Erschwernisse für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit verhindern! Drs. 17/17059, 17/19059 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

65. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner, Judith Gerlach u.a. CSU Beschränkungen bei der Zielgruppe des Jugendwohnens verhindern! Drs. 17/17081, 17/19060 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

66. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Machbarkeitsstudie S-Bahn-Halt Berduxstraße Drs. 17/17590, 17/19191

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

 Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
 Bürgerschaftliches Engagement stärken – "Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern" auf stabiles Fundament stellen! Drs. 17/18447, 17/19064 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären